



**Christine Vogler**  
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

## Editorial

### Es darf keine roten Linien geben

Wir werden alles tun, was notwendig ist. Es gibt da für die Bundesregierung keine roten Linien, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner ersten Regierungserklärung mit Blick auf die Bewältigung der Corona-Pandemie. Weiter: „Die Pflegekräfte haben Großartiges geleistet. Ihnen gilt unser Dank. Wir haben deshalb einen Pflegebonus vereinbart und werden die Steuerbefreiung anheben.“ Verbessert würden die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte. Wichtig sei es auch, „dass wir die Lücke zwischen den Löhnen in der Kranken- und Altenpflege schließen“. Letztlich werde man „die Situation in der Pflege nur dann nachhaltig verbessern, wenn mehr Pflegekräfte dort tätig sein können“.

Der Deutsche Pflegerat nimmt Olaf Scholz beim Wort. Denn die Uhr tickt für die Profession Pflege. Diese sieht sich die häufig schlechten Arbeitsbedingungen und den vorhandenen Personalmangel nicht mehr lange an. Gefordert werden Taten, die sichtbare Verbesserungen bringen.

In den letzten Legislaturperioden wurde auf der Bundesebene wesentlich mehr für die Profession getan als zuvor – zumindest wurden viele Gesetze verabschiedet, die das im Sinn hatten. Es kommt nur nicht wirklich bei dieser an. Das gilt es endlich zu ändern. Die Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag zu besseren Arbeitsbedingungen und für eine bessere Bezahlung müssen umgehend angegangen werden. Rote Linien darf es auch bei den Verbesserungen der Arbeitsbedingungen nicht geben. Entscheidend ist der Blickwinkel. Neben der Bewältigung der Corona-Pandemie muss auch noch Zeit bleiben für eine neue und weichenstellende Gesundheitspolitik. Die Zukunft der Profession Pflege und damit der Pflege insgesamt wird in den nächsten Monaten entschieden. Und damit auch die Gesundheitsversorgung der Menschen in Deutschland.

**Christine Vogler**  
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

**Deutscher Pflegerat e.V.**  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
Pflege- und Hebammenwesen

In Kooperation mit

**Heilberufe**  
*Pflege einfach machen.*

## IM FOKUS

### Wie lange noch?

Bundeskanzler Olaf Scholz hat ein Expertengremium zur wissenschaftlichen Begleitung der Covid-19-Pandemie einberufen. Dieses soll Vorschläge zur Pandemiebewältigung entwickeln und die Politik beraten. Das ist richtig und wichtig. Auf diese Weise können die Aspekte und Folgen von Entscheidungen besser beleuchtet und in die Abwägung einbezogen werden. Doch: Wenn die Pandemiebewältigung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist – wie der Bundeskanzler es selbst betont, wo ist dann der Einbezug der Profession Pflege? Wieder einmal wurde niemand aus der Profession in das Expertengremium berufen. Das ist aus Sicht des DPR ein gravierender Fehler und zeigt, dass die Relevanz des Themas immer noch nicht angekommen ist.

Die Diskussion über die Pandemiebewältigung soll ohne die Profession stattfinden. Dabei ist diese es, die maßgeblich zur Bewältigung der Pandemie beiträgt. Im Expertengremium findet sich jedoch keine Pflegewissenschaftlerin, kein einziger Pflegewissenschaftler. Das zeigt nach wie vor die Ignoranz gegenüber der Pflege bei einer Problembewältigung nationalen Ausmaßes, trotz aller anderslautenden Bekundungen seitens der Politik.

Der DPR fordert seine gleichberechtigte Beteiligung in ALLEN Gremien, dazu gehört auch der Expertenrat. Die Glaubwürdigkeit der Politik steht bei den Pflegenden auf dem Spiel. Die Verantwortung für die Berufsfucht liegt bei der Politik, die bisher nicht willens ist, entsprechende Weichen für die notwendigen Verbesserungen endlich umzusetzen. Hier versagt die Verantwortung für die Daseinsfürsorge der Bevölkerung!

**Irene Maier**

Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Beruf muss attraktiver werden

## Dramatische Personalsituation

Care Monitor 2021 – Barmer-Pflegereport 2021 – Pflegeheim-Rating-Report 2022 – Altenhilfebarometer 2021 – Statistisches Bundesamt: Ein Überblick über aktuelle Studienergebnisse mit Blick auf die Pflege.

Zahlreiche Veröffentlichungen von Studien und Auswertungen haben aktuell die Profession Pflege in den Blick genommen.

**Care Monitor 2021:** Was die Pflegebranche im zweiten Jahr der Pandemie bewegte, zeigt der Care Monitor 2021, durchgeführt von Care Invest und der Unternehmensberatung Roland Berger. Das Thema Personal bleibt ein kritischer Erfolgsfaktor, betonten die rund 200 Teilnehmer aus dem Bereich der Trägerschaften von Pflegeeinrichtungen. 60% gaben an, dass sich der Fachkräftemangel im Vergleich zum Vorjahr nochmals verschärft habe. Lösungsvorschläge sind, die Arbeitgeberattraktivität und die Anzahl der Ausbildungsplätze zu er-

höhen, die verstärkte Nutzung von Social Media wie Facebook, Instagram und LinkedIn für Personalmarketing sowie weitere Maßnahmen. Aus Sicht der Mitarbeitenden stelle eine verlässliche Dienstplanung und eine damit verbundene Work-Life-Balance die mit Abstand wichtigste Maßnahme dar – noch vor einer Verbesserung der Vergütung. (vincentz.de)

**Barmer-Pflegereport 2021:** Der Pflege-Notstand in Deutschland wird nach Hochrechnungen der Barmer brisanter als bisher angenommen. Bis zum Jahr 2030 sollen bei konservativen Annahmen mehr als 180.000 Pflegekräfte in der Langzeitpflege fehlen, auch weil es mit dann insgesamt rund sechs Millionen

Pflegebedürftigen über eine Million Betroffene mehr geben werde als bisher angenommen. Das geht aus dem Pflegereport der Barmer hervor. „Die Politik muss zügig gegensteuern, andernfalls bleibt die Pflege eine Großbaustelle auf schwachem Fundament“, fordert Prof. Dr. Christoph Straub, Vorstandsvorsitzender der Barmer.

„Wer soll künftig die Pflegebedürftigen betreuen“, fragt sich der Autor des Reports, Prof. Dr. Heinz Rothgang vom SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik an der Universität Bremen. Den Ergebnissen zufolge fehlten bis zum Jahr 2030 etwa 81.000 Pflegefachpersonen sowie 87.000 Pflegehilfskräfte mit Ausbildung und 14.000 Pflegehilfskräfte ohne Ausbildung. Dabei sei in der Langzeitpflege die vollständige Umsetzung des Personalbemessungsverfahrens noch gar nicht berücksichtigt. Der Pflegeberuf müsse vor diesem Hintergrund deutlich attraktiver werden. Daher sei es richtig, so wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, geteilte Dienste abzuschaffen und den Anspruch auf familienfreundliche Arbeitszeiten einzuführen. Außerdem müsse mehr getan werden, um die Belastungen dieser enorm anstrengenden Arbeit abzufedern. „Angesichts der steigenden Zahl Pflegebedürftiger und der bereits heute großen Zahl an fehlenden Pflegekräften ist Deutschland auf dem besten Wege, in einen dramatischen Pflegenotstand zu geraten. Um diesen abzuwenden, muss die künftige Bundesregierung vor allem die Ausbildung attraktiver machen. Es muss mehr Nachwuchs für die Pflege gewonnen werden“, sagt Barmer-Chef Straub. (barmer.de)

**Pflegeheim-Rating-Report 2022:** Der „Pflegeheim-Rating-Report 2022“ wurde gemeinsam vom RWI und der hcb GmbH in Kooperation mit der Evangelischen Bank eG und der Curacon GmbH sowie mit Unterstützung der Ter-



© shapecharge / Getty Images / iStock (Symbolbild mit Fotomodellen)

Es muss mehr getan werden, um Belastungen in der Pflege abzufedern.

ranus GmbH erstellt. Er sieht eine stetige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage deutscher Pflegeheime seit dem Jahr 2016. Gestiegen sei die Personalknappheit.

In der ambulanten und stationären Pflege seien im Jahr 2019 insgesamt 866.000 Vollkräfte beschäftigt gewesen, davon 339.000 Pflegefachpersonen. Zwar seien zwischen 1999 und 2019 zusätzlich 395.000 Vollzeitkräfte hinzugekommen. Da jedoch der Bedarf an weiteren Arbeitskräften derzeit am Arbeitsmarkt nicht vollständig gedeckt werden könne, bestehe ein zunehmender Mangel an Pflegefachpersonen. Bis 2040 sei mit insgesamt 163.000 bis 380.000 zusätzlichen Vollzeitkräften in der stationären und mit 97.000 bis 183.000 in der ambulanten Pflege zu rechnen. Bei Fortschreibung der bisherigen Pflegewahrscheinlichkeit entfalle auf Pflegefachpersonen davon bis 2040 ein zusätzlicher Bedarf zwischen 124.000 und 210.000 in der stationären und ambulanten Langzeitpflege. (rwi-essen.de)

**Altenhilfebarometer 2021:** Die Befragungsergebnisse des Altenhilfebarometers 2021 der Curacon GmbH zeigen: Die

Stimmung ist angespannt. Die Megathemen Personal, Digitalisierung und COVID-19-Pandemie bürden Unsicherheiten und Hoffnungen. Es bestehe Sorge, auch hinsichtlich der Deckung des Personalbedarfs, der zukünftig immer weiter wachsen werde. Der zunehmende Personalmangel sei dabei keine neue Erkenntnis. Für fast alle der 107 Teilnehmer\*innen aus Trägerschaften der Altenhilfe ist es offensichtlich: Es fehlen die Hände, die unsere pflegebedürftigen alten Menschen versorgen. Mehr als 80% halten einen vermehrten Einsatz von weniger qualifizierten Personal für unumgänglich. Immerhin noch mehr als 70% erkennen trotz der politischen Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen keine Trendumkehr beim Fachkräftemangel. Das Thema Personal bleibe als größte Herausforderung der Altenhilfe bestehen und werde durch die COVID-19-Pandemie verschärft. Laut 52% der Befragten begünstigt das Pandemiegeschehen die steigenden Fluktuationsraten in der Pflege. (curacon.de)

**Statistisches Bundesamt:** Von den 954.000 Pflege- und Betreuungskräften, die im Jahr 2019 in Pflegeheimen oder

ambulanten Pflege- und Betreuungsdiensten tätig waren, arbeiteten 616.000 in Teilzeit. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, entspricht das einem Anteil von 65%. Die hohe Teilzeitquote in der Pflege sei nur teilweise durch den hohen Frauenanteil in der Altenpflege (85%) erklärbar.

Die Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen stellt mit 28% den größten Anteil des Pflegepersonals in Heimen und ambulanten Diensten. Mehr als jede zehnte Altenpflegekraft (11%) war zudem 60 Jahre und älter.

Während im Jahr 2009 noch 679.000 ambulante und stationäre Pflegekräfte tätig waren, waren es 2019 rund 954.000 – ein Anstieg von 40%. Besonders die ambulanten Pflegedienste gewannen Personal hinzu: Von 2009 bis 2019 stieg die Zahl der dort Beschäftigten um 61% an; im stationären Bereich war es ein Plus von 30%.

Mehr als eine von zehn neuen Auszubildenden (11%) war zwischen 30 und 39 Jahre alt, 6% waren bei Ausbildungsbeginn 40 Jahre oder älter. (destatis.de)

---

deutscher-pflegerat.de

## NEWS

### Volksabstimmung in der Schweiz

61% der Schweizer\*innen haben in einer Volksabstimmung die sogenannte Pflegeinitiative unterstützt. „Sie setzen damit ein starkes Zeichen für bessere Bedingungen in der Pflege“, sagt die Schweizer Gewerkschaft Unia.

Mit der Initiative wird die Schweizer Regierung unter anderem dazu aufgefordert, für attraktivere Arbeitsbedingungen, mehr Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung und eine angemessene Finanzierung von Pflegeleistungen zu sorgen. Laut der Schweizer Verfassung müssen in den nächsten Jahren hierzu entsprechende Gesetze erlassen werden.

---

sbk.ch

### Innovative Demenz-Projekte gesucht

Die Träger innovativer Demenzprojekte können sich ab sofort für den Bayerischen Demenzpreis 2022 bewerben. Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek sagte: „In Bayern gibt es viele innovative Projekte, die die Lebensbedingungen der Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen verbessern sowie deren Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben fördern. Ab sofort können sich die Träger dieser Projekte wieder für den Bayerischen Demenzpreis bewerben.“

Die Ausschreibung für den Bayerischen Demenzpreis 2022 läuft bis zum 27. März 2022. Die Bewerbung ist ausschließlich online und nur mit dem offiziellen PDF-Bewerbungsformular an geschaeftsstelle.demenzpreis@lfp.bayern.de möglich.

---

demenzpreis.bayern.de

### DBfK befürwortet allgemeine Impfpflicht

Angesichts der Dynamik der Omikron-Variante hat der DBfK-Bundesvorstand seine Position zur Impfpflicht erweitert. Um einen Weg aus der Pandemie zu finden und Variationen des Virus keinen Spielraum zu geben, müssen die Impflücken geschlossen werden. Der DBfK hält eine allgemeine Impfpflicht für gerechtfertigt. Geschaffen werden müsse verfassungsrechtliche und organisatorische Klarheit. Auch bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht bedürfe es noch der Klärung offener Fragen zu arbeitsrechtlichen Regelungen und der Umsetzung. Der DBfK bekräftigt zudem nochmals seine Forderung, Pflegefachpersonen das eigenständige Impfen zu ermöglichen. Dadurch könnte ein wichtiger Beitrag zur Beschleunigung der Impfkampagne geleistet werden.

---

dbfk.de

## NEWS

**Mehr Zeit für Kammergründung**

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat der Verschiebung der Kammerwahl per Gesetz zugestimmt. Der Errichtungsausschuss der Pflegekammer NRW begrüßt die Verschiebung und die Verlängerung der Anschubfinanzierung. „Für die Erstellung der Wahllisten und Kandidaturen gibt es jetzt einen angemessenen Zeitrahmen. Die Verlängerung der Anschubfinanzierung unterstützt die Phase der konstruktiven Aufbauarbeit. Auf dieser Basis kann die unabhängige Arbeit der selbstverwalteten Pflegekammer NRW gut starten“, sagt hierzu Sandra Postel, Vorsitzende des Errichtungsausschusses Pflegekammer NRW.

Am 1. März 2022 sollte die erste Wahl zur Kammerversammlung der Pflegekammer NRW stattfinden. Eine erste wichtige Frist – die Schließung der Wählerverzeichnisse – wäre schon am 21. Dezember abgelaufen. Nur bis dahin registrierte Mitglieder hätten an der Wahl teilnehmen können. Die starken Restriktionen und Belastungen der Pflegefachpersonen durch die Corona-Pandemie haben den Registrierungsprozess stark ausgebremst. Bei vielen Mitgliedern gebe es noch Informationsbedarf. Viele Informationsveranstaltungen konnten nicht stattfinden. Um mehr Pflegefachpersonen die Registrierung und damit die Beteiligung an der Wahl zu ermöglichen, wurde der Termin der konstituierenden Sitzung per Gesetz auf spätestens Ende Dezember 2022 verschoben. Gleichzeitig gibt es die Möglichkeit einer verlängerten Anschubfinanzierung bis zum Jahr 2027.

[pflegekammer-nrw.de](http://pflegekammer-nrw.de)

**Impressum**

**Herausgeber:** Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)  
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin  
(„Haus der Gesundheitsberufe“)  
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304  
[www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

**Verlag:** Springer Medizin Verlag GmbH  
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin  
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

**Chefredakteurin:** Katja Kupfer-Geißler  
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin  
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505  
[www.springerpflege.de](http://www.springerpflege.de)

**Vier-Punkte-Papier veröffentlicht****Steuerfreibetrag gefordert**

Alle bisherigen Maßnahmen zur Behebung des Personalmangels in der Pflege sind lediglich Symptombehandlungen anstatt an die tatsächlichen Ursachen heranzugehen. Darauf hat Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), in Berlin hingewiesen.

**D**er Deutsche Pflegerat fordert in einem Vier-Punkte-Papier sofortige Maßnahmen zur Behebung des Personalmangels. Wir sind zuversichtlich, dass diese vier Punkte dazu führen, private Lebensmodelle in besseren Einklang mit dem Arbeiten in der Pflege zu bringen. Und diese Arbeit attraktiver zu gestalten. Dann sind wieder mehr Menschen bereit, in der Pflege zu arbeiten und im Beruf zu bleiben.

Erstens müssen die professionell Pflegenden, die direkt an den Patienten arbeiten, rückwirkend für das Jahr 2021 bis zum Ende des Pflegenotstands wesentliche Steuervergünstigungen in Form eines Steuerfreibetrags von jährlich 18.000 Euro bzw. dauerhafte Lohnsteuerfreistellung erhalten. Das Instrument ist direkt umsetzbar und führt sofort zu mehr Gehalt. Es ist ein unmittelbarer Anreiz, ohne finanzielle Belastung für die Kostenträger, Patienten und Pflegebedürftigen. Lohn- und Tarifverhandlungen sind dafür nicht nötig. Sozialabgaben würden weiter gezahlt werden und belasteten nicht die Allgemeinheit.

Zweitens benötigt der Pflege- und Gesundheitsbereich im Sinne einer wirksamen Work-Life-Balance und personalorientierter Wertschätzung neue Instrumente einer gerechten und refinanzierten Lohn- und Zuschlagsfindung.

Notwendig ist ein höherer finanzieller Ausgleich für ungünstige Arbeitszeiten. Weit über tarifliche Regelungen hinausgehende Zuschläge für Spätdienst und Nacharbeit sowie für die Arbeit am Wochenende und an Feiertagen müssen refinanziert werden. Dieser Zuschlag sollte 100 bis 150% betragen. Warum kann es nicht Mitarbeiter geben, die aus-

schließlich am Wochenende arbeiten und besonders gut bezahlt werden?

Drittens ist der Gesetzgeber gefordert, für innovative Projekte, deren Löhne über bestehende Tarifverträge hinausgehen, die Finanzierung sicherzustellen.

Viertens müssen die bereits bestehenden Personalbemessungsinstrumente im Krankenhausbereich und in der Langzeitpflege vollumfänglich umgesetzt werden. Das dient dem Personalaufbau und zeigt Wertschätzung.

**Bayern will Gehaltsverdopplung**

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister, Klaus Holetschek, hat im Bundesrat für eine Verdopplung des Nettoeinkommens von Intensivpflegekräften und Pflegekräften in vergleichbaren Einsatzbereichen für mindestens ein Jahr geworben. Er sagte: „Wenn wir jetzt nicht kurzfristig die Bezahlung in der Pflege verbessern, wird sich die Personalsituation noch weiter verschlechtern. Die Pandemie-Bekämpfung verlangt unseren Pflegekräften extrem viel ab. Wir müssen dringend Maßnahmen auf den Weg bringen, die schon rasch Wirkung zeigen.“ Bayern will, dass die Länder die Bundesregierung auffordern, einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen. Weiter unterstrich Holetschek: „Auch die Langzeitpflege hat in der Corona-Pandemie große Herausforderungen zu meistern. Wir fordern, dass perspektivisch auch in der Langzeitpflege sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich Zuschläge und andere Gehaltsbestandteile steuerfrei werden.“

[deutscher-pflegerat.de](http://deutscher-pflegerat.de); [stmgp.bayern.de](http://stmgp.bayern.de)